



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Sitzungstermin:	Montag, 14.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	22:42 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r

Gerd-Martin Rappen

Mitglied

Markus Kolbe

Shady Al-Khouri

Johannes Barsch

Bettina Bruns

Robert Gabel

Yvonne Görs

Heiko Jaap

Dr. Andreas Kerath

Alexander Krüger

Jürgen Liedtke

Birgit Socher

Vertretung für: Sebastian Adler

von TOP 5 bis TOP 10.7 (öffentlicher Teil)

Protokollant/in

Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Jan Evers

Sebastian Adler

Sandro Hersel

entschuldigt

entschuldigt

abwesend

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder

Beate Schinkel

Dieter Schick

Fanny Gladrow

Peter Lubs

Andrea Günther

Winfried Kremer
Achim Lerm
Anja Juhnke
Antje Köppe

Diana Stawinski
Max Ziolkowski
Antje Wziontek-Franz
Friedrich Fichte

Anett Hauswald
Katrin Teetz
Steffen Sperner

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2022
- 4 Wahl der/des 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Vorstellung des aktuellen Planungsstandes des Caspar-David-Friedrich-Jubiläums
- 8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 9 Beschlusskontrolle
- 10 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 10.1 Wirtschaftsplan 2023 Hanse-Kinder BV-V/07/0675
 - 10.2 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF BV-V/07/0639
 - 10.3 Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF BV-V/07/0666
 - 10.4 Wirtschaftsplan 2023 des Abwasserwerkes Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0659
 - 10.5 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald „Hanse-Kinder“ BV-V/07/0494-01
 - 10.6 Wirtschaftsplan der Greifswald Marketing GmbH 2023 BV-V/07/0673
 - 10.7 Neufassung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Hundesteuer BV-V/07/0655-01
 - 10.8 Mittelbewilligung Sanierungsprogramme 2022 IV/07/0070

10.9	Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2023 <i>neue Version am 08.11.2022</i>	BV-V/07/0653-01
10.10	Anmietung von Räumlichkeiten für ein Ortsteilzentrum in Riems	BV-V/07/0661
10.11	Hafengebührensatzungen	BV-V/07/0632
10.12	Zum weiteren Umgang mit Garagen - Keine Kündigung städtischer Garagenkomplexe bis mindestens 2027 und Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, SPD-Fraktion</i> <i>neue Version am 14.11.2022</i>	BV-P-ö/07/0264-0- 01
10.13	Garagenpächtern dauerhaft Sicherheit gewährleisten <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0269
10.14	Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0678
10.15	2. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die kommunalen Friedhöfe gültig ab 01.01.2023	BV-V/07/0685
10.16	Kofinanzierung der Integrationsprojekte an der Grundschule Greif und an der IGS Fischer 2023, 2024	BV-V/07/0681
10.17	Prüfauftrag zur Schaffung eines Fonds für die Beseitigung von illegalen Graffiti <i>Bernd Wartenberg - antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung</i>	BV-P-ö/07/0268
11	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses	
12	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2022
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1 Übernahme von Bürgschaften zugunsten der Stadtwerke Greifswald GmbH BV-V/07/0689
- 7.2 Grundstücksverkauf und Ankauf Greifswald-Wieck, Dorfstraße 5 BV-V/07/0644
- 7.3 Grundstückskaufvertrag Wieck, Strandstr. 6/6a BV-V/07/0645
- 7.4 Ausübung des vertraglichen Wiederkaufsrechts für ein Grundstück im B-Plan Nr. 41 "Am Mühlenweg" BV-V/07/0657
- 7.5 Anpassung Preisgleitklausel PV Landwirtschaft BV-V/07/0654
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Um 18:01 Uhr eröffnet Herr Rappen die Ausschusssitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Mit 11 anwesenden Ausschusssmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zu folgenden Tagesordnungspunkten liegen neue Versionen vor:

- TOP 10.9 „Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2023“,
- TOP 10.12 „Zum weiteren Umgang mit Garagen – Keine Kündigung städtischer Garagenkom-plexe bis mindestens 2027 und Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens“.

Weiterhin gibt es nachträglich eingegangene Vorlagen, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- Garagenpächtern dauerhaft Sicherheit gewährleisten (CDU-Fraktion) – *TOP 10.13*,
- Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald – *TOP 10.14*,
- 2. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die kommunalen Friedhöfe gültig ab 01.01.2023 – *TOP 10.15*,
- Kofinanzierung der Integrationsprojekte an der Grundschule Greif und an der IGS Fischer 2023, 2024 – *TOP 10.16*,
- Prüfauftrag zur Schaffung eines Fonds für die Beseitigung von illegalen Graffiti (Bernd War-tenberg – antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung) – *TOP 10.17*.

Zu den Vorlagen gibt es keinen Bedarf, die Dringlichkeit zu begründen.

Es erfolgt die Abstimmung, die nachträglich genannten Vorlagen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Frau Socher regt an, die Tagesordnungspunkte 10.12 und 10.13 gemeinsam zu diskutieren.

Über die gesamte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2022

Der Ergänzungsvorschlag von Herrn Gabel wurde zurückgezogen. Somit gibt es keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	3

4 Wahl der/des 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Herr Liedtke schlägt Herrn Jaap vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Eine geheime Wahl wird nicht gewünscht.

Nach der Abstimmung tritt Herr Al-Khoury der Sitzung bei. Somit sind jetzt 12 Ausschussmitglieder anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

5 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

6 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Stawinski informiert über

- den Quartalsbericht:

Der Quartalsbericht wurde heute per E-Mail versandt. Es wurde ein

Jahresergebnis prognostiziert von knapp minus 2 Mio. EUR. Derzeitig steht das Jahresergebnis vor Entnahme bei plus 2 Mio. EUR. Im Quartalsbericht wurde auch die Entnahme berücksichtigt, d. h., es sind 13 Mio. EUR Aufwendungen, die in diesem Jahr getätigt werden müssten. Bei den Investitionen müssen noch ca. 17 Mio. EUR an Auszahlungen geleistet werden, die Rechnungen hierzu werden noch für dieses Jahr erwartet. Insgesamt fallen die Ergebnisse deutlich besser aus, als ursprünglich geplant. Voraussichtlich muss bei den Investitionen vieles in das nächste Jahr vorgetragen werden, weil bei den großen Investitionsmaßnahmen einiges nicht umgesetzt werden konnte, wie es geplant war.

- die Haushaltsplanung 2023/2024:

Momentan befindet sich die Verwaltung noch intern in der Abstimmung. Im laufenden Bereich liegt derzeitig das Jahresergebnis von jährlich knapp 22 bis 23 Mio. EUR im Minus. Bis zum Ende des Finanzplanzeitraumes 2026 summiert sich unter Berücksichtigung der Tilgung der Finanzvor-trag auf ca. minus 80 Mio. EUR und ist somit nicht ausgeglichen. Ebenso verhält es sich mit dem Ergebnisvortrag. Anhand der Jahresergebnisse liegt hier ein Ergebnis von knapp minus 45 Mio. EUR vor. Ein Ausgleich wird angestrebt (u. a. auch durch Gebührenerhöhungen, Kürzungen im Bereich der Aufwendungen und bei den Investitionen). Im nächsten Jahr werden ca. 60 Mio. EUR für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bereitgestellt werden müssen, aber dem gegenüber stehen nur 13 Mio. EUR für Einzahlungen. Um die Finanzierung dennoch sicherzustellen, wäre das Delta durch Kredite zu genehmigen. Es wurde beim Innenministerium angefragt, ob eine Höchstgrenze der Kreditaufnahme benannt werden könnte und wie man ein Haushaltssicherungskonzept umgehen kann. Eine Antwort steht noch aus. Das Zahlenwerk kann noch nicht übergeben werden.

Zum Quartalsbericht gibt es keine Nachfragen.

Zum Haushalt möchte Herr Rappen von der Verwaltung einen Zeitplan, um evtl. Sondersitzungen eintakten zu können.

Herr Dr. Fassbinder schlägt vor, zur Planung der Kreditgenehmigung den großen Kommunalgipfel in der nächsten Woche abzuwarten, weil dieser noch positive Auswirkungen auf die Mittel, die vom Land kommen, haben könnte. Auch sollte zur Höhe der Genehmigung von Krediten die Aussage vom Innenministerium abgewartet werden.

Frau Socher

Fallen die Überträge, die in 2023 oder 2024 vorgenommen werden müssen, in die Kreditgenehmigungen für die neuen Maßnahmen, die dann ab 2023/2024 gültig sind?

Laut Kommunalverfassung verfallen Kreditgenehmigungen zum Ende eines darauffolgenden Jahres. Es besteht somit nicht die Möglichkeit, alles, was ins nächste Jahr übertragen werden soll, damit zu decken. Wenn Kredite für das Jahr 2023 neu beantragt werden, wird auch ein Anteil für die schon begonnenen Investitionsvorhaben enthalten sein.

Herr Dr. Kerath

Wie hoch ist das Kreditvolumen für den Finanzplanungszeitraum?

Das Kreditvolumen über alle vier Jahre wurde noch nicht ermittelt. Für die ersten beiden Jahre steht ein großes Volumen, welches zu 2026 weniger wird; es kann in Summe aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau benannt werden, liegt

aber wahrscheinlich über 90 Mio. EUR.

Herr Rappen

Wie realistisch ist es, zeitnah eine Information vom Innenministerium zu bekommen?

Es wird vermutet, dass eine Tendenz mitgeteilt wird, wie konkret sie sein wird, kann nicht abgeschätzt werden.

Herr Krüger erwartet von der Verwaltung die Vorlage des Haushaltes mit konkreter Kreditbenennung. Nur wenn diese vorliegt, können Abwägungen zur Priorisierung der Investitionsvorhaben getroffen werden.

Herr Liedtke

Ist es realistisch, Ende November eine Tendenz zu bekommen?

Ja, innerhalb von zwei Wochen sollten die Informationen vom Innenministerium vorliegen.

Frau Socher

Ist die dauernde Leistungsfähigkeit gegeben?

Die dauernde Leistungsfähigkeit hängt von mehreren Kriterien ab: Ein Ausgleich des Haushaltes sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt muss gegeben sein (momentaner Stand Finanzhaushalt: minus 80 Mio. EUR, Ergebnishaushalt: minus 45 Mio. EUR).

Herr Rappen betont die Voraussetzung einer verlässlichen Aussage des Innenministeriums bis Ende des Monats, um dann auch möglichst zum Ende des Monats den Haushalt an die Politik auszureichen.

Anhand einer Präsentation erläutert Frau Teetz die Ergebnisse des Prüfauftrages zu Synergieeffekten zwischen dem Eigenbetrieb Seesportzentrum GREIF und der Greifswald Marketing GmbH.

Anlage 1 SZG + GMG Präsentation der Ergebnisse öffentlich

7 Vorstellung des aktuellen Planungsstandes des Caspar-David-Friedrich-Jubiläums

Frau Günther, Projektkoordinatorin für das CDF-Jubiläum, stellt den Planungsstand vor. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Rappen

Wann ist im Verlauf die Eröffnung der Gemäldegalerie geplant?

Die Eröffnung der Galerie der Romantik ist für 2024 vorgesehen. Darüber hinaus werden noch weitere Sonderausstellungen und Veranstaltungen thematisch zum Thema Caspar David Friedrich und Romantik im Pommerschen Landesmuseum eingebunden sein werden.

Was verbirgt sich hinter der Sanierung der Klosterruine?

In den 90er-Jahren gab es eine denkmalpflegerische Zielstellung, die nie richtig umgesetzt wurde. Eine Umsetzung soll jetzt in mehreren Bauabschnitten erfolgen (u. a. Neumöbelierung, Barriere-freiheit in der Parkanlage, Nachpflanzungen von Bäumen, Umzug der ABS im Jahr 2022/2023 an den neuen Standort und Herrichtung des alten Standortes (Bepflanzung als Obstwiese), Her-richtung eines Rundweges).

Gibt es schon Vorgespräche zur weiteren Einwerbung von Fördermitteln?
Man ist mit dem Land im Gespräch.

Herr Barsch

Mit wie vielen Besuchern wird zusätzlich zu dem Jubiläum im Jahr 2024 gerechnet?

Die Zahlen sollen auf jeden Fall gesteigert werden. Es wird u. a. mit Hilfe des Landesmarketings, der GMG, der Deutschen Zentrale für Tourismus und in den Städten Dresden, Berlin und Hamburg für dieses „Festival“ geworben.

Frau Bruns

Auf welchem Weg kann sich die Ortsteilvertretung (OTV) Eldena zu einigen Punkten einbringen (z. B. zum Thema Beschilderung)?

Die Schwachstellen zur Beschilderung sind bekannt und sollen Berücksichtigung finden. Das An-gebot, mit der OTV ins Gespräch zu kommen, steht (die OTV soll auf das Amt für Bildung, Kultur und Sport zugehen).

Anlage 1 Präsentation - Aktueller Planungsstand zum Caspar-David-Friedrich-Jubiläum öffentlich

8 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Rückblickend auf die letzte Sitzung zu den Parkgebühren erklärt Herr Rappen, dass er es sehr „unglücklich“ findet, wenn Vorlagen so kurzfristig eingebracht werden, da dadurch das Abstimmungsverhalten erschwert wird. Zukünftig sollten die Vorlagen der Verwaltung mit der Einladung versendet werden.

Die Verwaltung hat die Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft, des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit und des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen informiert, dass eine gemeinsame Sitzung zum Schulzentrum zur 3. Leistungsphase angeregt wird. Terminvorschläge sind der 29.11.2022 oder der 30.11.2022 jeweils um 18:00 Uhr in der IGS Erwin Fischer. Nach Abwägung entscheidet sich der Ausschuss für den 29.11.2022. Herr Rappen wird diesen Terminwunsch den anderen Ausschussvorsitzenden mitteilen.

9 Beschlusskontrolle

Herr Rappen erfragt den Sachstand zur Vergnügungssteuer. Frau Stawinski informiert, dass in Summe ca. 2.000 EUR für das gesamte Jahr in Kleinstbeträgen zurückzuzahlen wären. Da für die Auszahlung der Verwaltungsaufwand (Bescheiderlass, Buchung) höher wäre, wurde von einer Zu-rückzahlung Abstand genommen.

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Wirtschaftsplan 2023 Hanse-Kinder

BV-V/07/0675

Frau Wziontek-Franz bringt die Vorlage ein. Da die Erlöse aus Betreuung und Verpflegung auf stärkere Füße gestellt werden sollen, wird der Eigenbetrieb im nächsten Jahr in Vollkostenverhandlung mit dem Jugendamt gehen. Es werden dann nicht nur die Personalkosten verhandelt, sondern auch die Investitionskosten, Leistungen Dritter, Verwaltungskosten u. ä. Ein Sanierungsschwerpunkt liegt auf dem Brandschutz. Schwerpunkt bei den Investitionen ist der Neubau der Kita Regenbogen.

Herr Dr. Kerath

Warum wurde die Sanierung der Kita Friedrich Wolff komplett gestoppt, und wie soll es dort weitergehen?

Es wird dort „nur“ eine Brandschutzsanierung durchgeführt. Es wurde sich vorerst für den Neubau der Kita Regenbogen entschieden.

Herr Krüger hält es für fahrlässig, sich bei der Kita Friedrich Wolff nur auf eine Brandschutzsanierung zu beschränken (Feuchtigkeit). Er appelliert an den Eigenbetrieb, auch dort die Planungen fortzuführen.

Herr Rappen informiert über die Empfehlung des Betriebsausschusses zu diesem Beschluss und dass sich aufgrund der hohen Sanierungskosten (ca. 7 Mio. EUR) bewusst gegen eine Sanierung/Instandhaltung der Kita Friedrich Wolff und für den Neubau der Kita Regenbogen und den Neubau im B-Plan 13 entschieden wurde. Zu den erwarteten Mehreinnahmen aus Platzkosten in Höhe von ca. 1,5 Mio. EUR wird betont, dass im Umkehrschluss die Stadt dann auch anteilig höhere Kosten zu tragen hat.

Herr Krüger erwähnt, dass Instandhaltungskosten Aufwand darstellen, dieser dann platzkostenrelevant sei und diese Gelder dann in den Haushalt der Stadt zurückfließen würden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	0	2

10.2 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF

BV-V/07/0639

Eine Einbringung wird nicht erwünscht. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	0

10.3 Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF

BV-V/07/0666

Die Vorlage wird von Herrn Fichte eingebracht.

Zum Stand zur Sanierung wird Folgendes erläutert:

- die Trockenstellung der GREIF erfolgt in der 47. KW auf einem Bauplatz auf der Volkswerft Stralsund,
- aufgrund von Abhängigkeiten kann der Sanierungsplan von 2020 nicht mehr eingehalten werden, die Auswirkungen zeigen sich u. a. in Energiepreissteigerungen, massiv steigenden Materialpreisen, Zeitverzögerungen durch Materialknappheit und steigende Inflation,
- es entsteht ein Mittelmehrbedarf von ca. 950.000 EUR, somit steigt der Gesamtbedarf auf 4,6 Mio. EUR (Kostensteigerung von 31 %),
- aufgrund der Zuwendungsbescheidung mit Festbetragsfinanzierung ist eine Erweiterung des Zuwendungsbutgets seitens des Zuwendungsgebers nicht gegeben,
- Möglichkeiten zur Fortführung der Sanierung wäre eine Erweiterung der Spendenmittel oder die Aufstockung des städtischen Zuschusses um 950.000 EUR,
- mit Einnahmen durch Segeltörns kann voraussichtlich erst ab 2024 gerechnet werden.

Herr Rappen

Woraus resultieren die 950.000 EUR Zusatzkosten? Auf welcher Grundlage wurden sie berechnet? Wird es einen Zeitplan nach Monaten geben?

Es erfolgte ein Planwechsel von Gesamtausschreibung Generalauftragnehmer zur gewerkeweisen Vergabe. Die Grundlage der Zusatzkosten basiert auf dem Sanierungskostenplan. Hier wurden die Baugruppen betrachtet und Materialpreissteigerungen dementsprechend eingearbeitet. Preisvorabfragen sind vergaberechtlich nicht zulässig und wurden auch nicht getätigt.

Herr Krüger unterbreitet einen Vorschlag zum Verfahren: Der Wirtschaftsplan wird genehmigt mit einem Sperrvermerk über die 950.000 EUR Mehrausgaben, bis der Haushalt der Stadt im Januar verabschiedet wird.

Frau Socher

Mit welcher Begründung hat das Land den erweiterten Zuschussbedarf, der aufgrund von Kostensteigerungen entstanden ist, abgelehnt? Wann verfallen die Fördermittel, wenn sie jetzt nicht ausgegeben werden können?

Laut Zuwendungsbescheid handelt es sich um eine Festbetragsfinanzierung, es ist rechtlich keine Erweiterung möglich. Um einen Fördermittelverfall zu verhindern, wurde eine Erweiterung des Verwendungszweckes beantragt, die auch vom Fördermittelgeber bestätigt wurde (der Zeitraum wurde auf das nächste Jahr erweitert).

Herr Rappen bittet um Anpassung in der Sachstellung, hier steht noch 31.12.2022.

Herr Liedtke

Ist es u. a. auch für die Nachprüfbarkeit möglich, einen Ablaufplan aufzustellen?

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass in diesen Zeiten keine festen Pläne aufgestellt werden können. Nach den ersten Plänen wäre die GREIF bereits seetauglich. Durch Verzögerungen der Fördermittelverfahren wurde zwischen Zusage und Bescheid ein Jahr verloren. Auch konnte die Stadt nicht damit rechnen, dass nach Ausschreibung der Aufträge keine Angebote eingehen. Der jetzige Plan wurde von Herrn Fichte erläutert, kann aber aufgrund der Gegebenheiten nicht festgeschrieben werden.

Herr Dr. Kerath

Sind die Tätigkeiten, die die Besatzung bei der Sanierung des Schiffes vornimmt, arbeitsrechtlich erlaubt?

Laut Personalbeschreibung sind solche Tätigkeiten möglich.

Herr Krüger betont, dass die Mehrheit der Bürgerschaft hinter dem maritimen Denkmal der GREIF steht, aber auch verstanden werden muss, dass bei der derzeitigen schwierigen Aufstellung des Haushaltes erst im Januar in der Haushaltsdebatte zu der Einordnung der Mehrkosten definitive Aussagen getroffen werden können.

Herr Rappen

Wofür wird das Personal vorgehalten?

Die Seeleute und der Nautiker unterstützen aktiv in der Planungsleistung, in der Überwachung der Arbeiten, handfest bei der Ausführung der Arbeiten, z. B. in Vorbereitung der Stahlbauarbeiten werden Vorarbeiten ausgeführt, ebenso bei den Masten, Wannen werden abgeschlagen etc.

Worin liegt die Höhergruppierung im Personalplan begründet?

Die Höhergruppierung betrifft die Betriebsleitung von der Entgeltgruppe 12 auf Entgeltgruppe 13 (Entgeltgruppe 13 haben auch andere Betriebsleiter). Derzeitig befindet sich diese Höhergruppierung in der Überprüfung durch das Haupt- und Personalamt der Hansestadt Greifswald.

Wie sind die Vorstellungen zur Weiterbetreuung der Wieck-Information, um dort vom hohen Defizit herunterzukommen?

Die GMG hat einen Zuschussbedarf in Höhe von 20.000 EUR errechnet, um die Wieck-Information saisonal zu betreiben. Es ist geplant, die Wieck-Information im Winter zu schließen. Im nächsten Jahr werden u. a. Gespräche mit verschiedenen Automatenaufstellern bezüglich Regionalversorgung in Wieck erfolgen. Dennoch sollte auch bedacht werden, dass die Wieck-Information als Aushängeschild des Fischerdorfes fungiert und die Besucher dort mit Auskünfte versorgt.

Herr Dr. Fassbinder sagt einen Lösungsvorschlag bezüglich des Vorschlages von Herrn Krüger zum Sperrvermerk bis zur Bürgerschaftssitzung zu.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	7

Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die Vorlage wird von Frau Köppe eingebracht. Eine Änderung für den Wirtschaftsplan 2023 ist der Punkt 2. Jährlich erfolgt an den Eigenbetrieb eine Eigenkapitalzuführung von der Stadt für den Bereich 2, öffentliche Straßenentwässerung, und den Bereich 3, gemeindliche Gewässerbewirtschaftung (bislang liefen diese Bereiche über das Tiefbau- und Grünflächenamt). Mit dieser Änderung erfolgt eine Optimierung, und der Eigenbetrieb kann somit flexibler agieren.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	0

10.5 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald „Hanse-Kinder“

BV-V/07/0494-01

Auf die Einbringung wird verzichtet. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	0

10.6 Wirtschaftsplan der Greifswald Marketing GmbH 2023

BV-V/07/0673

Die Vorlage wird von Herrn Wittenbecher eingebracht. Mit dem Wirtschaftsplan wird für 2023 eine Zuschusserhöhung auf 580.000 EUR beantragt (begründet durch die Aufgabenvervetigung im DAWI-Bereich „Innenstadt-Koordination“, die Steigerung von Personalkosten, Energie- und Neben-kosten, den erbringenden Eigenanteil am Förderprogramm „Re-Start“). Ab 2024 und Folgejahre der mittelfristigen Finanzplanung (bis 2026) soll der Zuschuss der Stadt dann wieder auf 550.000 EUR verstetigt werden und keiner weiteren Anpassung bedürfen.

Ab 2023 wird u. a. der Uni-Laden auf Basis eines Lizenzvertrages komplett übernommen (Einkauf und Vertrieb liegt dann in einer Hand), es werden CDF-Jubiläumsführungen angeboten, eine neue Produktpalette für CDF entwickelt, und es erfolgt die Herausgabe eines neuen Urlaubsmagazins.

Herr Gabel

Worunter sind die Zahlen des Uni-Ladens subsumiert?

Das sind Ertragserlöse in der Greifswald-Information.

Herr Rappen

Kann man die Internetseiten/Facebook- und Instagram-Auftritte mit der Stadt und den anderen Einrichtungen der Stadt verbinden, um hier Kosten zu sparen?

Ja, es laufen bereits Gespräche.

Herr Krüger betont, dass man Marketing im finanziellen Aufwand nicht beziffern kann. Seiner Meinung nach sieht er die GMG im Vergleich zu anderen Kommunen unterfinanziert.

Von 20:06 Uhr bis 20:15 Uhr wird eine Pause eingelegt.

Nach der Abstimmung hat Herr Al-Khouri die Sitzung verlassen. Somit sind noch 11 Ausschussmitglieder anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	1

10.7 Neufassung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung einer Hundesteuer

BV-V/07/0655-01

Auf eine Einbringung wird verzichtet.

Herr Gabel

Die Anhebung der Hundesteuersätze bei den KUS-Inhabern ist sehr deutlich. Wie viele KUS-Inhaber wird es betreffen?

Die Zahlen werden nachgereicht. Mit der Erhöhung liegen die Hundesteuersätze immer noch im Vergleich zu anderen Städten unter dem Mittelwert. Bei KUS-Inhabern wären es für den 1. Hund 1 EUR/Monat weniger, beim 2. Hund 2 EUR/Monat und beim 3. Hund 3 EUR/Monat. Es ist von der Verwaltung ein Vorschlag, der für gut vertretbar gehalten wird, letztlich liegt die Entscheidung bei der Politik.

Warum wurde die Steuerfreiheit für Hunde, die aus einem eingetragenen Tierschutzverein übernommen wurden, auf 2 Jahre begrenzt?

Es handelt sich verwaltungsseitig um einen Vorschlag, um eine Vereinheitlichung zu bekommen.

Frau Socher

Warum gibt es eine Hundesteuer? Profitieren die Hundebesitzer/Tierheime von dieser Steuer?

Es handelt sich um eine Aufwandssteuer, die allgemein in den Haushalt fließt. Die Reinigung der Gehwege wird zum Teil aus dieser Steuer finanziert, und die Tierheime bekommen jährlich einen Zuschuss.

Herr Gabel kündigt einen Änderungsantrag an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	1	3

10.8 Mittelbewilligung Sanierungsprogramme 2022

IV/07/0070

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

10.9 Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2023

BV-V/07/0653-01

Frau Schinkel bringt die Vorlage ein. Die Mittelbeantragung bezieht sich auf Bürgerschaftsbeschlüsse, die in der Vergangenheit gefasst wurden. Die Beantragung umfasst für das nächste Jahr die „Innenstadt und Fleischervorstadt“ und „Schönwalde II“.

Frau Socher

Warum benötigt man für ein Hochhaus einen Wettbewerb?

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass es sich um einen Investorenwettbewerb und keinen Architekten-wettbewerb handelt. Derjenige, der diesen Wettbewerb gewinnt, muss ihn dann auch realisieren.

Herr Krüger plädiert, auch für die Mittelbeantragung Steinbecker Straße einen Sperrvermerk an-zubringen. Die Diskussion hierzu sollte mit der Haushaltsdebatte erfolgen.

Frau Schinkel weist auf die Unterschriftsleistung für diese Mittelbeantragung bis zum 15.12.2022 hin.

Herr Rappen und Herr Dr. Kerath sehen die Notwendigkeit für die Maßnahme Steinbecker Straße nicht, sprechen sich für einen Verzicht aus und erwägen eventuell andere Maßnahmen.

Herr Dr. Fassbinder bittet bei Abwägung von Maßnahmen um einen Ausgleich zwischen Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen, da im Bereich Hochbau zurzeit sehr viele Projekte anliegen und keine weiteren Kapazitäten vorhanden sind.

Herr Liedtke

Die Summe für die Mittelbeantragung für den Dom St. Nikolai erscheint zu wenig. Wurde sie mit der Kirche abgestimmt?

Die Summe bezieht sich nur auf den Chorbereich und ist abgestimmt.

Frau Görs bittet um eine korrekte Anlagenbezeichnung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

5	4	2
---	---	---

10.10 Anmietung von Räumlichkeiten für ein Ortsteilzentrum in Riems

BV-V/07/0661

Herr Kremer bringt die Vorlage ein.

Es bietet sich die Möglichkeit, Räume von A4res in der alten Schule ab April 2023 anzumieten. Die Finanzierung im nächsten Jahr ist aus einer Vorfinanzierung aus diesem Jahr gesichert (über Apl./Üpl. und Übertragung in 2023). Die Finanzierung der Folgejahre wird mit dem nächsten Haushalt beschlossen. A4res möchte vor Beginn von Umbaumaßnahmen den Mietvertrag mit der Stadt noch im Dezember abschließen. Es soll vorbehaltlich der Haushaltslage eine kostenfreie Nutzungsüberlassung mit dem Verein angestrebt werden. Hingegen die Bewirtschaftung künftig der Verein tragen soll.

Herr Rappen

Ist die Beschlussfassung jetzt zwingend erforderlich, oder kann sie mit dem Haushaltsentwurf behandelt werden?

Die Problematik wird mit A4res bis zum Hauptausschuss geklärt.

Herr Dr. Fassbinder gibt zu bedenken, dass nach langer Suche geeigneter Räumlichkeiten für ein Ortsteilzentrum sich jetzt eine Möglichkeit bietet, die relativ gesehen nicht teuer ist im Vergleich zu anderen, und genutzt werden sollte.

Herr Kolbe spricht sich gegen eine kostenfreie Nutzungsüberlassung aus; ein Anteil der Betriebskosten sollte von den Nutzern getragen werden. Herr Kremer spricht sich dagegen aus, da der Verein die „Bewirtschaftung“ des Objektes übernimmt (quasi Hausmeisterarbeiten, Schlüsselverwaltung, Nutzungspläne für die Räumlichkeiten etc.), dadurch entfällt die Bewirtschaftung durch die Stadt. Herr Kolbe schlägt vor, dass die Vereine, die dann die Räumlichkeiten vom „Riemser Möwe e. V.“ nutzen, finanziell an den Betriebskosten beteiligt werden. Herr Dr. Fassbinder empfiehlt über einen entsprechenden Änderungsantrag die Aufstellung einer Gebührenordnung zur Nutzung der Räume.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	2	2

10.11 Hafengebührensatzungen

BV-V/07/0632

Auf eine Einbringung wird verzichtet.

Herr Krüger zählt eine Reihe von Punkten auf, die immer noch nicht in der Satzung verankert sind (u. a. Tarifsteigerungen bei den Personalkosten, Betriebskostensteigerungen, Thema Spundwände ist weder in den

Abschreibungen enthalten noch in der Kostenkalkulation für die Zukunft).

Herr Schick stimmt noch offene Punkte mit den Ausschussmitgliedern ab:

- Erhöhung der Personalkosten um 6 %,
- Betriebskostensteigerung um 100 %, (bei den Stromkosten liegt ein Vertrag mit den Stadtwerken für 2023 und 2024 vor, somit stehen die Kosten fest; auch die Gaskosten sind für 2023 über Vertrag abgesichert),
- Abschreibung der Spundwand, die sich im Bau befindet: der erste fertiggestellte Abschnitt (1. BA) in Kostenhöhe von ca. 300.000 EUR wird in die Abschreibung aufgenommen und in der Kalkulation dargestellt,
- für den 2. BA wurden die Ansätze im Haushalt (220.000 EUR) dargestellt, sollen aber bis jetzt in der Hafengebührensatzung noch nicht berücksichtigt werden, weil sich der Haushalt noch in Aufstellung befindet – soll einkalkuliert werden, da es eher unwahrscheinlich sein wird, dass diese Maßnahme aus dem Haushalt gestrichen wird (Verkehrssicherungspflicht).

Bis zum Hauptausschuss wird eine Aktualisierung der Hafengebührensatzung vorgelegt.

Die Begründung zum Abfall der kalkulatorischen Zinsen aus der letzten Kalkulationsperiode wird ebenfalls zum Hauptausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

10.12 Zum weiteren Umgang mit Garagen - Keine Kündigung städtischer Garagenkomplexe bis mindestens 2027 und Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens

BV-P-ö/07/0264-0-01

Die Vorlagen TOP 10.12 und 10.13 werden zusammen diskutiert.

Herr Krüger bringt die Vorlage ein.

Die Vorlage wurde dahingehend geändert, dass alles, was in der Vergangenheit hierzu beschlossen wurde, bis zum Beteiligungsverfahren, das durch einen Dritten durchgeführt werden sollte, gestoppt wird. Des Weiteren soll bis mindestens zum 31.12.2030 ein Abriss städtischer Garagenkomplexe ausgesetzt werden. Grundlage des Beteiligungsverfahrens sollen belastbare Zahlen zum Wohnbedarf sein. Geprüft werden soll auch, ob städtische Garagenkomplexe für Photovoltaik, Solar etc. genutzt werden können. Durch diese Maßnahmen bekommt die Verwaltung Zeit, sich zu reorganisieren, und die Bürger haben Sicherheit.

Redaktionell muss der Titel der Vorlage von ... bis mindestens 2027... auf 2030 geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	0

10.13 Garagenpächtern dauerhaft Sicherheit gewährleisten

BV-P-ö/07/0269

Die Vorlage wird von Herrn Liedtke eingebracht.

Er erinnert an die Vorgehensweise von 2006, wo ein ähnlicher Prozess durchgeführt wurde (Abriss eines Garagenkomplexes im Bereich Eldena). Auch damals gab es erheblichen Protest von den Bürgern. Schlussfolgerungen von damals sind leider nicht gezogen worden. Der Vorschlag der CDU-Fraktion nach der OTV-Sitzung in SW I sieht vor, solange die Eigentümer von Garagen ihren vertraglichen Pflichten nachkommen, keine Kündigungen auszusprechen.

Herr Kremer sieht beide Vorlagen als nicht zielführend an. Die Verwaltung hatte mit einem Bürgerschaftsbeschluss die Aufgabe, Bauland auszuweisen. Bis auf den B-Plan 118 gibt es momentan keine städtischen Flächen, wo Bauland kurzfristig ausgewiesen werden kann. Selbst bei der geplanten Südstadterweiterung stehen Bauflächen erst ca. 2030 zur Verfügung. Somit steht für die nächsten 10 Jahre auf städtischen Grundstücken kein Bauland mehr zur Verfügung. Mit der Vorlage der Verwaltung zum Umgang mit Garagenkomplexen, die auch Garagenkomplexe langfristig sichern sollte, wurde eine Diskussionsgrundlage geschaffen. Es wurde immer darauf hingewiesen, dass nach Abwägung der Standorte durch die Politik auch ein Interessenausgleich stattfinden muss. Von der Politik wurde eine Entscheidung für zwei/drei Garagenkomplexe erwartet. Nach jetziger Sachlage soll die Verwaltung ein Beteiligungsverfahren durchführen, auch mit Standorten, die nicht zur Disposition stehen. Das Verfahren wird nicht nur viel Geld, sondern auch Zeit kosten. Man rückt jetzt mit dieser Verfahrensweise hinter den Stand auf 2006 zurück. Die Erwartungshaltung, die die Politik bei den Garagenbesitzern jetzt weckt, wird dann die Finanzierung des Abrisses und die Erschließung neuer Garagenstandorte sein, und womöglich muss die Stadt dann noch neue Garagen bauen.

Herr Krüger bittet um eine gemeinsame Handlungsweise von Politik und Verwaltung, damit die Probleme in der Stadt gelöst werden können.

Herr Kolbe gibt zu bedenken, dass in der einen Vorlage auf Ewigkeit eine Bestandsgarantie fest-geschrieben wird und die Bürgerschaft somit in der nächsten Wahlperiode keine Handlungsfähigkeit mehr haben wird, hingegen in der anderen Vorlage geplant wird, bis 2030 nichts zu ändern. Man sollte abwägen, ob es Bereiche gibt, wo es kein großes Konfliktpotenzial vorherrscht. Des Weiteren müsste die Verwaltung prüfen, ob Garagen auch „zweckentfremdet“ genutzt werden, die dann keinen Bestandsschutz hätten. Herr Kolbe plädiert, für die nächsten Jahre einen Plan zu entwickeln, wie man den einzelnen Komplexen in welcher Geschwindigkeit vorankommen könnte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

2	9	0
---	---	---

10.14 Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0678

Die Vorlage wird von Frau Stawinski eingebracht.

Die Verwaltung hat den Prüfauftrag zur Erhebung einer Beherbergungssteuer durchgeführt und die Modellrechnungen (verschiedene Prozentsätze: 4 %, 5 %, 6 % und 7 %) vorgelegt.

Herr Gabel

Warum wurde sich für den unteren Bereich (5 %) entschieden?

Bei den 5 % handelt es sich um einen Vorschlag; die Verwaltung hat sich an den nächsten Städten von Greifswald orientiert. 5 % ist die unterste Schmerzgrenze, höheren Vorschlägen würde die Stadt sehr gerne folgen.

Gibt es die Möglichkeit einer Staffelung (z. B. Unterscheidung zwischen Pension und Hotel)?

Eine Staffelung wäre theoretisch möglich, aber in der Praxis nicht umsetzbar. Im Bereich müsste jeder einzelne Betrieb separat bewertet werden.

Wie ist die Rechtslage mit der Besteuerung für Geschäftsreisende?

Das ursprüngliche Urteil, dass Geschäftsreisende nicht besteuert werden dürfen, wurde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gekippt.

Mit den Einnahmen sind auch Kosten verbunden; gibt es zur Einführung der Erhebung einer Übernachtungssteuer Kostenberechnungen sowohl verwaltungsseitig als auch vonseiten der Hotels?

Verwaltungsseitig fallen Personalkosten an. Sollte sich zeigen, dass das Bestandspersonal nicht ausreichend ist, muss ggf. reagiert werden. Entstehende Kosten für die Hotels können nicht beziffert werden.

Herr Barsch

Ist eine Staffelung nach Übernachtungspreis möglich (z. B. unter 100 EUR Prozentsatz x, ab 100 EUR ein erhöhter Prozentsatz)?

Zu der Möglichkeit einer Steuerbefreiung für Geschäftsreisende wird ein Änderungsantrag von der SPD angekündigt.

In der Modellrechnung sind Geschäftsreisende eingepreisen.

Können auch für Einrichtungen gemeinnütziger Träger Steuerbefreiungen greifen?

Die Jugendherberge ist nicht konkret befreit, überwiegend aber Kinder und Jugendgruppen.

Herr Dr. Fassbinder rät davon ab, Geschäftsleute oder Gruppen zu befreien, denn die Übernachtungssteuer ist nur sinnvoll, wenn sie möglichst einfach gestaltet wird.

Die CDU-Fraktion verwehrt sich gegen diese Vorlage; es wird ein immenser

Aufwand sowohl verwaltungsseitig als auch vonseiten der Hotels.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	4	0

10.15 2. Änderungssatzung zur Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die kommunalen Friedhöfe gültig ab 01.01.2023

BV-V/07/0685

Auf eine Einbringung wird verzichtet. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Liedtke befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	2

10.16 Kofinanzierung der Integrationsprojekte an der Grundschule Greif und an der IGS Fischer 2023, 2024

BV-V/07/0681

Auf die Einbringung wird verzichtet, es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	0

10.17 Prüfauftrag zur Schaffung eines Fonds für die Beseitigung von illegalen Graffitis

BV-P-ö/07/0268

Auf die Einbringung wird verzichtet. Es gibt keinen Redebedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	1	2

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

12 Ende der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird um 21:38 Uhr geschlossen.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Gerd-Martin Rappen

Birgit Rosolski